

Nachrichtendienstgesetz im Visier

Die SP ergreift das Referendum

Weil das neue Nachrichtendienstgesetz die Privatsphäre untergrabe, müsse es bekämpft werden, beschlossen die SP-Delegierten. Nicht alle Genossen sind glücklich über diese Entscheidung.

von René Zeller, St. Gallen | 5.12.2015, 13:45 Uhr | [1 Kommentar](#)

Für die Jungsozialisten steht seit langem fest: Das vom Parlament verabschiedete Nachrichtendienstgesetz [würde die Schweiz in alte «Schnüffelstaat»-Zeiten zurückwerfen](#). Jetzt zieht auch die Mutterpartei mit. Die SP-Delegierten sprachen sich zugunsten des Referendums aus.

Mahnende Stimmen

Unumstritten war das Ja zum Referendum nicht. Die Thurgauer Nationalrätin Edith Graf-Litscher erinnerte daran, dass die SP in der parlamentarischen Beratung zahlreiche Verbesserungen der Vorlage erwirkt habe. «Das alte Gesetz ist sicher nicht besser als das neue.»

Diese Position unterstützte der Zürcher Neo-Ständerat Daniel Jositsch mit dem Hinweis, das neue Gesetz enthalte griffige Kontrollmechanismen. Wer trotzdem Nein sage, sage Nein zu mehr Sicherheit. Auch der Berner Ständerat Hans Stöckli reihte sich in die parteiinterne Anti-Referendums-Allianz ein. Das vorliegende Nachrichtendienstgesetz entspreche rechtsstaatlichen Prinzipien, weshalb Opposition nicht angezeigt sei. Denn, so Stöckli, «Freiheit ohne Sicherheit gibt es nicht».

Gleichwohl überwog in den Reihen der SP-Delegierten die Skepsis. Nationalrat Cédric Wermuth stellte zwar nicht in Abrede, dass die SP im Parlament einiges erreicht habe. Entscheidend sei aber nicht, was im Gesetz stehe, sondern wie der Geheimdienst effektiv agiere. Niemand werde verhindern könne, dass die Schweiz auch in Zukunft mit heiklen Informationen Handel betreibe. Und klar sei, so Wermuth, dass die Linke wieder vermehrt in den Fokus der Staatsschützer geraten werde.

Der Entscheid zugunsten des Referendums wurde mit 106 zu 62 Stimmen beschlossen. Das freut die Jungsozialisten, die ihre Mutterpartei somit ein weiteres Mal ins Schlepptau nehmen.

Licht ins Dunkel

Mehr Überwachung will die SP bei der Parteienfinanzierung erwirken. Einstimmig beschlossen die Delegierten, die [Volksinitiative «für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung»](#) zu lancieren. Nachdem die Schweiz in diesem Jahr den teuersten Wahlkampf aller Zeiten erlebt habe, sei es höchste Zeit für ein solches Volksbegehren, sagte die Berner Nationalrätin Nadine Masshardt. Angesichts der exorbitanten Geldflüsse müsse Transparenz gesetzlich eingefordert werden, Freiwilligkeit reiche nicht. SP-Vizepräsidenten Barbara Gysi ergänzte, die heutige Intransparenz provoziere «dubiose Machenschaften und Zugeständnisse an die Geldgeber». Die

Transparenz-Initiative soll im kommenden Frühjahr gestartet werden.